

Der Streik,  
die Alternative zum kollektiven Betteln  
oder ein untaugliches  
Instrument aus der ideologischen Klamottenkiste?

von

Tristan Abromeit

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

März 2012

Text 101

## 1. Ausschnitte aus Medienmeldungen als gedankliche Ausgangsbasis

Der WELT ONLINE Newsticker vom 26. 3. 2012 meldet:

### **Verdi-Chef Bsirske**

#### **Risiko für unbefristeten Streik "50 zu 50"**

Berlin (dpa) - Verdi-Chef Frank Bsirske hat zum Auftakt der Verhandlungswoche im Tarifstreit des öffentlichen Dienstes die Wahrscheinlichkeit eines unbefristeten Streiks mit «50 zu 50» bemessen. Das hänge sehr davon ab, wie die Arbeitgeber sich am Mittwoch und Donnerstag aufstellen werden, sagte Bsirske im ARD-Morgenmagazin. Das bisherige Angebot der Arbeitgeber von 3,3 Prozent mehr Gehalt auf zwei Jahre lehnte Bsirske ab. Die Gewerkschaft fordert für die rund zwei Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst 6,5 Prozent mehr Geld, mindestens 200 Euro.

Am 20. März 2012 lautet eine Schlagzeile der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung: >Viel Lärm für höhere Löhne / Tausende Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ziehen durch Hannover / Geschäfte zeitweilig nicht erreichbar < Neben dem Bericht von Bernd Haase ist unter dem Titel > Alternative wäre kollektives Betteln < sein INTERVIEW mit Dr. Stephan Klecha, Politikwissenschaftler am Institut für Demokratieforschung der Uni Göttingen, wiedergegeben. Ich zitiere daraus folgende Fragen und Antworten:

Hannover hat gerade den zweiten großen Warnstreiktag im öffentlichen Dienst hinter sich - aber die Stadt ist eigentlich ganz gut zurechtgekommen. Ist Streik noch ein probates Mittel für die Gewerkschaften, wenn kaum etwas vom Ausstand zu spüren ist?

*Ja, sicher. Wenn Gewerkschaften nicht mehr streiken könnten, bliebe ihnen als Alternative nur das, was das Bundesarbeitsgericht kollektives Betteln genannt hat.*

Trotzdem war die Wirkung bisher überschaubar ...

*Es handelt sich ja auch erst um einen Warnstreik. Die Gewerkschaften halten sich bei solchen Auseinandersetzungen Möglichkeiten zur Zuspitzung offen. Außerdem müssen sie, das wird oft unterschätzt, großen Organisationsaufwand leisten und rechtliche Rahmenbedingungen einhalten.*

Wozu dienen die derzeitigen Aktionen?

*Erstens geht es um die Mobilisierung der eigenen Mitglieder mit Blick auf weitere Aktionen. Zweitens will man den Arbeitgebern Handlungsfähigkeit signalisieren. Und drittens geht es darum, Verständnis in der Öffentlichkeit zu wecken. Beim Streik im öffentlichen Dienst gibt es schließlich die Sondersituation, dass die Folgen zunächst weniger die Arbeitgeber tragen, sondern Dritte - diejenigen, deren Bus nicht fährt, deren Müll nicht abgeholt wird oder deren Kind nicht in den Kindergarten kann.*

Wie ist es um das Verständnis der Leute für die Streiks bestellt?

*Ich glaube, es ist relativ hoch. ...  
... Es geht vielmehr darum, alle am wirtschaftlichen Aufschwung zu beteiligen. Das Bewusstsein, dass der öffentliche Dienst zuletzt oft hintenangestanden hat, ist in der Bevölkerung durchaus vorhanden.*

...

In der gleichen Ausgabe der HAZ befindet sich unter *Blick in die Zeit* ein Text-Porträt des Vorsitzenden der Gewerkschaft Verdi. Der Titel lautet:

Der Exot unter den Arbeiterführern  
Frank Bsirske kämpft wieder für Busfahrer und Erzieherinnen -  
„weil's sein muß“

Hier ist unter anderem zu lesen:

Jetzt ist es wieder einmal so weit. Frank Bsirske, Vorsitzender der zweitgrößten Gewerkschaft im Lande, kämpft für Busfahrer, Kindergärtnerinnen und Müllwerker. Streik sei die einzige Chance der Arbeitnehmer, ihre Forderungen durchzusetzen, sagt der ver.di-Chef. Vor der Finanzkrise habe eine „Kultur der Maßlosigkeit“ geherrscht; nun kehre sie schon wieder zurück. Es sei Zeit, dagegenzuhalten und mehr Gerechtigkeit zu schaffen.

...

Das Bildnis von ihm und seine Biographie sind mir sympatisch. Bei aller Verschiedenheit unserer Lebensläufe entdecke ich auch inhaltliche Gemeinsamkeiten. Ziemlich am Ende heißt es dann:

Die Dienst-

leistungsgewerkschaft vereint mehr als 1000 Berufe, von der Erzieherin über den Hochschullehrer bis zur Verkäuferin. ver.di kämpft wie die anderen Gewerkschaften mit Mitgliederschwund und muss Personal abbauen. Binnen zehn Jahren verlor die Megaorganisation ein Viertel seiner Mitglieder. Noch sind es über zwei Millionen.

Zu diesem Thema heißt es unter den Schlagzeilen > ver.di Die Mitglieder laufen davon / Die Lage der Gewerkschaft ver.di ist desolat. Trotzdem wird Frank Bsirske wohl als Vorsitzender bestätigt.< in einem Beitrag von Kolja Rudzio im Internet unter Zeit Online *Wirtschaft* vom 19. 9. 2011 ( <http://www.zeit.de/2011/38/Gewerkschaft-Verdi> ):

Gerne berichtet der ver.di-Chef auch davon, wie erfreulich die Mitgliederentwicklung »im Osten« und hier »[insbesondere bei der Jugend](#)« sei. Kein Wort verliert er über den alarmierenden Rückgang gerade bei den Jüngsten: Die Zahl der organisierten Azubis sank in den vergangenen fünf Jahren um 33 Prozent.

Das alles schlägt sich auch in den Finanzen nieder. Zuletzt gab ver.di 1,5 Millionen Euro mehr aus, als die Gewerkschaft einnahm. Dabei fehlen in diesem offiziell ausgewiesenen Defizit noch allerlei Sonderausgaben. Allein durch sogenannte Projektmittel verdreifacht sich das Defizit.

Das alles erscheint umso enttäuschender, als der Teich, in dem ver.di fischt, eigentlich immer voller wird. Seit Jahren steigt die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland, sie hat mit 41 Millionen einen neuen Rekord erreicht. Und sie wächst gerade dort, wo sich ver.di zuständig sieht: in den Dienstleistungsbranchen. Dass ver.di davon nicht profitiert, begründen ihre Funktionäre vor allem mit einem Hinweis: Die [vielen prekären Jobs](#) sind schuld. Statt guter Arbeit gebe es heute immer mehr Leiharbeiter und Minijobber, und die ließen sich eben nur schwer organisieren. Das Argument gehört zum Glaubenskern der für staatlich festgesetzte Mindestlöhne kämpfenden Organisation.

Aber auch hier blenden die ver.di-Funktionäre systematisch aus, was ihrer Überzeugung widerspricht. Neben »atypischen« Jobs wuchs in den vergangenen fünf Jahren auch die Zahl der ganz »normalen« Beschäftigungsverhältnisse (Vollzeit, sozialversicherungspflichtig, unbefristet, keine Leiharbeit) um rund eine Million. Nachzulesen unter anderem beim Statistischen Bundesamt. Im gleichen Zeitraum verlor ver.di fast 300.000 Mitglieder.

...

Die Ausgangslage wäre eigentlich günstig. Während die Gewerkschaften bis

Mitte des vergangenen Jahrzehnts in Umfragen sehr geringe Sympathiewerte erhielten, sind heute drei Viertel der Bevölkerung der Meinung, dass sie eine wichtige Rolle spielen. Galt lange Zeit die Massenarbeitslosigkeit als das drängendste Problem, gewinnen inzwischen wieder klassische Gewerkschaftsthemen an Bedeutung: bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. Es gibt also tatsächlich so etwas wie eine »Chance 2011«. Man müsste sie nur nutzen.

## 2. Das Recht der Arbeitnehmer, ihre Interessen zu vertreten

Da ich hier rechtliche und ökonomische Bedenken gegen den Streik als Instrument zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen vortrage, sei gleich zu Anfang betont, daß Arbeitnehmer genauso wie Unternehmer sich für ihre Interessen einsetzen dürfen und sollen. Wer aber für eigene Interessen streitet, muß sich erstens fragen: "Sind meine / unsere Interessen gerechtfertigt?" und zweitens "Ist die Art meiner / unserer Interessenvertretung legitim?" Nach der Idee von der Marktwirtschaft findet der Interessenausgleich durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage über den Markt mit einem atomistischen Wettbewerb statt. Der Begriff atomistischer Wettbewerb steht für eine Vielzahl von Anbietern und Nachfragern, also für eine Situation, wo kein Marktteilnehmer aufgrund von Macht dem anderen seinen Willen aufzwingen kann. Es ist also eine Situation, die von dem Gegenteil dessen geprägt ist, was wir konkret beobachten können. Die Marktwirtschaft haben wir aber nur nominell, konkret ist sie also nicht das, wie sie modelltheoretisch gemeint ist. Von der Idee her gesehen ist die Marktwirtschaft ein dezentrales System des Leistungsaustausches. Dieser Leistungsaustausch wird aber a) immer wieder unterbunden durch Fehler im Geldsystem und b) verfälscht durch ein überlagerndes System, das einen Ertrag ohne eigene Leistung zu Lasten des Arbeitsertrages erzwingt. Wir nennen diesen Teil des ökonomischen Ertrages Kapitalertrag, Rendite oder Zins und das System nennen wir dann Kapitalismus. Der Kapitalertrag ist aber nur dann gerechtfertigt, wenn er der Preis für knappe Produktionsmittel darstellt und nur so lange gilt, wie dieses Knappheitsverhältnis trotz einer ununterbrochenen Kapitalbildung in einem Wettbewerb ohne Kartelle und Monopole bestand hat. Wir haben nun aber Märkte, die a) kapitalistisch vermachtet sind und b) haben wir eine Verfälschung der Märkte durch ständige, systemwidrige, schon nicht mehr zählbare staatliche Eingriffe. Die Folge ist ein omnipotenter, sich überall einmischender Staat, der durch seine Rolle als Akteur im Markt sich zu dem Gegenteil eines schlanken aber starken Staates entwickelt hat. Der Staat ist durch seine Rolle als ein Mitspieler im Geflecht der sich widersprechende Interessen ein Schwächling geworden, der nicht mehr der Marktwirtschaft den ordnenden und institutionellen richtigen Rahmen zu setzen ver-

mag. Die Gegenwehr gegen die Verstaatlichung des ganzen gesellschaftlichen Lebens durch den Neoliberalismus (zweiter Prägung<sup>1</sup>) war somit vorprogrammiert. Die im Siegeszug des zweiten Neoliberalismus durchgeführten Privatisierungen und Deregulierungen waren aber ebenfalls von einer ordnungspolitischen Blindheit geprägt, so daß wir durch diese "Reformen" statt weniger mehr ökonomische Probleme und Staatseingriffe bekommen haben. Die Fehlentwicklungen aber nur den Neoliberalen anzulasten und die Bezeichnung so zu benutzen, wie unsere Vorgänger-Generation den Namen Jude benutzt hat - der angeblich an allem die Schuld trug - ist aber nicht gerechtfertigt. Die Gewerkschaften und die politischen Parteien hätten die Macht gehabt, dem Volk plausible Alternativen zu präsentieren, wenn sie nicht Gefangene wohl gehegter Ideologien gewesen wären. Auch hätten sie einen besseren Wettbewerb der Ökonomieschulen in den Universitäten durchsetzen und so den desolaten Zustand der Wirtschaftswissenschaft vermeiden können. Die prekären Arbeitsverhältnisse, der Leidensdruck der Arbeitnehmer (und auch der Mehrzahl der Unternehmer) und die Verarmung des Mittelstandes ist nicht abstrakten Neoliberalen anzulasten, sondern den politisch gestaltenden Kräften in unserer Republik, zu der auch die Gewerkschaften gehören.

Die Gewerkschaften sind aber noch immer von der vom Marxismus geprägten Idee der Gegenmacht besessen. Immer wird noch die Parole aus der marxistischen Mottenkiste geholt: "Wenn mein starker Arm es will, stehen alle Räder still!" Dabei ist doch offensichtlich: Wenn die Räder still stehen, gibt es keine Erwerbsarbeit und die Streikkasse ist bald leer. Dabei müßte die Parole lauten: "Wenn alle Räder laufen, wird die Rendite im Meer des Kapitals er-saufen!" Die Vorstellung Wirtschaftskartelle, -oligopole und -monopole könne man durch die Kartellbildung auf der Arbeitnehmerseite überwinden, ist aufgrund der historischen Erfahrungen irrig. Und wenn heute der Öffentliche Dienst für mehr Lohn und für einen Inflationsausgleich streikt, dann wird übersehen, daß dieses Mehr an Lohn nicht zu Lasten des Kapitalertrages geht, sondern in der Hauptsache zu Lasten der Lohnempfänger, die nicht im Öffentlichen Dienst arbeiten. Und die Meinung, daß der Öffentliche Dienst bei der Entlohnung anderen Arbeitnehmern hinterher hinke, ist vermutlich nur eine Zweckpropaganda der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (Ver.di). Zu übersehen ist aber auch nicht, daß der Öffentliche Dienst einen erstrittenen Inflationsausgleich zum Teil über die kalte Progression - die politisch zur Kenntnis genommen aber nicht verhindert wurde - selber bezahlen muß. Bei den ganzen tariflichen Auseinandersetzungen, in denen der Streik die Verhandlungsposition der Arbeit-

---

1 Der Neoliberalismus erster Prägung, auch Ordoliberalismus genannt, hat nicht einer blinden Entstaatlichung das Wort geredet.

nehmer stärken soll, geht es vorwiegend nur um Pyrrhussiege - ein unter sehr hohen Verlusten errungener Erfolg, der deshalb kein Erfolg mehr ist . Der Streik kann also die Situation der Arbeitnehmer in ihrer Gesamtheit nicht verbessern.

### 3. Der alte Streit um die Lohn- und Kapitalertragsquote

Ich nehme hier einen Rückgriff auf einen Text von mir, der in drei Teilen im Jahr 1996 unter dem Titel "Die Europäische Währungsunion / Ist Kritik daran = DM-Nationalismus?" in der Zeitschrift *Der Dritte Weg* veröffentlicht wurde. Ich gebe hier folgenden Ausschnitt wieder:

#### Was steuert den Markt?

Das Problem, das es zu lösen gilt, ist in der Kurzbeschreibung folgendes: Die marktwirtschaftliche Steuerung von Produktion, Investition und Konsum kann nur dann richtig funktionieren, wenn das Theorem von Jean Baptiste Say (1767 bis 1832) stimmt, daß die Produktion sich die eigene Nachfrage schafft. Mit der Produktion ist die Einkommensverteilung verbunden. Das Einkommen wird zur Nachfrage und räumt die Märkte von der fertigen Produktion und schafft so die Voraussetzung für künftige Produktion und Vollbeschäftigung der Arbeit. Keynes stellt nun - wie vor ihm Gesell, Proudhon und andere - fest, daß dieser Steuerungszusammenhang von der Geldseite her immer wieder gestört werden kann. Keynes spricht in diesem Zusammenhang von der Liquiditätsfalle des Geldes, die sich dann auftut, wenn die Differenz zwischen dem Vorteil der Liquidität und dem Vorteil der Rendite des investierten Geldes zu gering wird. Gesell spricht hier von der Hortung, die dann einsetzt, wenn der Markt den Zins in die Nähe oder unter den Urzins drückt.

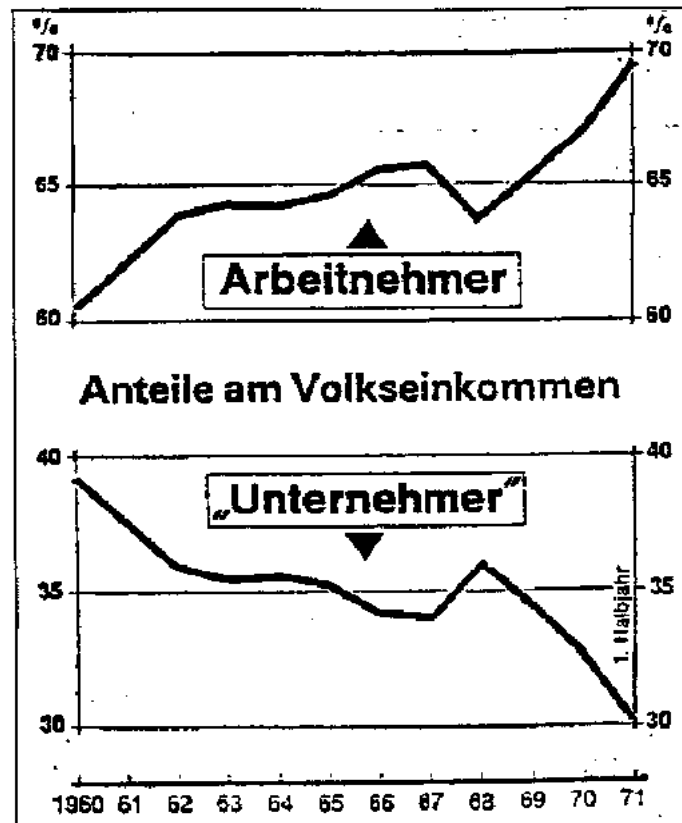
Die Beschreibung des Problems läßt nicht ohne weiteres erahnen, welcher gesellschaftliche Sprengstoff sich dahinter verbirgt.

Claudia Schmidt schreibt in der HAZ vom 23. / 24. Oktober 1971 unter dem Titel *DAS WUNDER*:

„Eine Art von Wunder nannte der große britische Nationalökonom John Maynard Keynes einst das Phänomen, daß im Wettlauf von Löhnen und Gewinnen die Löhne es nicht schaffen, ihre Position entscheidend zu verbessern. Die Lohnquote, das heißt der Anteil der Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen, ist, so meinte man lange Zeit, 'ehern'. Diesen Umstand führte man auch gegen die Gewerkschaften zu Felde. Es hieß, wenn die Gewerkschaften einen höheren Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen durchsetzen wollten, dann könnten sie dies - wenn überhaupt - nicht auf dem Wege von Lohn- und Gehaltserhöhungen erreichen"...

„Um diese 'naturgesetzliche Unabänderlichkeit' der Lohnquote, an der man so lange Jahre festgehalten hat, ist es bei uns inzwischen still geworden: Denn heute kann in der Bundesrepublik von einer ehernen Lohnquote keine Rede mehr sein. Seit 1960 nämlich konnten sich die Arbeitnehmer einen immer größeren Brocken am Volkseinkommen erobern.“

Die nachfolgende Grafik ist in dem Artikel von Claudia Schmidt eingefügt.



(Daß der Begriff Unternehmer in der Grafik in Anführungsstrichen gesetzt ist, liegt sicher daran, daß dieser Begriff ein „Sammelsurium“ ist, wie C. Schmidt schreibt. Es ist um der Klarheit willen erforderlich, daß die Statistiker endlich eindeutig zwischen dem Arbeitseinkommen der Arbeitnehmer und Unternehmer einerseits und dem Kapitaleinkommen der Arbeitnehmer, Unternehmer und den reinen Geldanlegern - den funktionslosen Investoren - unterscheiden.)

1978 war in einem Beitrag von Werner Onken in der Zeitschrift für Sozialökonomie (Folge 38) zu lesen:

„Vor rund einem halben Jahrzehnt prägte der heutige Bundeskanzler Helmut Schmidt einmal die Kurzformel 'Lieber 5% Inflation als 5% Arbeitslosigkeit'. Mittlerweile können wir jedoch nicht mehr zwischen einem größeren und einem kleineren sozialen Übel auswählen - aus der Alternative wurde schon seit einiger Zeit eine doppelte Bürde. Zwar liegen die



Inflationsrate und die Arbeitslosenquote unterhalb der 5%-Marke, aber die Berechtigung zu einem unbesorgten Konjunkturoptimismus lässt sich daraus nicht herleiten." ...

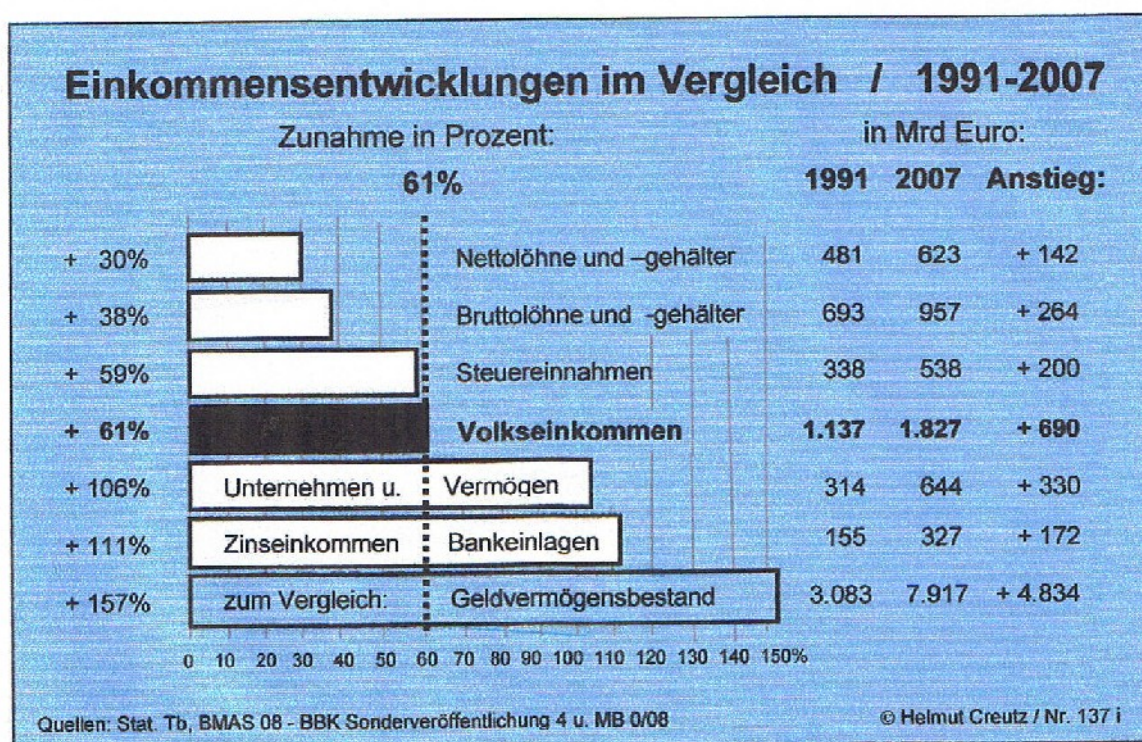
Und an anderer Stelle heißt es:

„Die periodisch wiederkehrenden Konjunkturkrisen setzten in der Vergangenheit immer dann ein, wenn nach einer länger andauernden Entfaltung der volkswirtschaftlichen Produktivkräfte ein stetig wachsendes Kapitalangebot das Rentabilitätsniveau herabdrückte, so daß die Lohnquote ansteigen konnte. " ...

Und wenn man heute in der Wirtschaftspolitik von der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland spricht, dann heißt das im Klartext: Wir müssen die Rentabilität des Kapitals zu Lasten des Arbeitseinkommens steigern.

#### 4. Eine grafische Darstellung der Einkommensentwicklung von H. Creutz

<http://www.helmut-creutz.de>



#### Erläuterungen zur Darstellung Nr. 137 h

Wenn in einem Land das Volkseinkommen nominell um 61% ansteigt, dann vermutet man, dass auch alle Einzeleinkommen in der Volkswirtschaft um diesen Prozentsatz zunehmen, also Löhne, Steuern, Unternehmereinkom-

men usw., womit jegliche Verteilungsspannungen vermieden würden. Wie aus der Grafik hervorgeht, trifft diese Anteils-Gleichheit in den letzten 16 Jahren jedoch nur auf die Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften zu. Die Bruttolöhne blieben dagegen mit 38% weit hinter dem Anstieg des Volkseinkommens zurück und die Nettolöhne erreichen mit 30% nur knapp die Hälfte! Damit reduzierten sich jedoch zwangsläufig auch die Möglichkeiten der Arbeitnehmer, die von ihnen vermehrt geschaffenen Produkte auch selbst zu erwerben, was wiederum Arbeitslosigkeit zur Folge hat.

Ursächlich für dieses Zurückbleiben der Lohneinkommen sind - wie aus den Balkenlängen hervorgeht - einmal die Überentwicklungen der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit 106%, in denen, neben der Entlohnung der Unternehmerleistungen, vor allem die Zinsen bzw. Renditen des schuldenfreien Eigenkapitals zu Buche schlagen. Dies bestätigen auch die Zinseinkommen aus Bankeinlagen mit ihrem Anstieg von 111%. Dabei wirkten sich die historisch niedrigen Zinssätze seit 1995 noch reduzierend aus! Ohne diese Zinssatz-Absenkungen wären die Zinseinnahmen sogar im Gleichschritt mit den Geldvermögen angestiegen, deren Zunahme um 157% aus dem zusätzlich eingefügten unteren Balken hervorgeht. Daraus ist ebenfalls zu entnehmen, dass diese Geldvermögen in den 16 Jahren von 3.038 auf 7.917 Mrd angestiegen sind und damit bereits das 3,3-fache des BIP erreicht haben!!

Wären diese Vermögenswerte im Gleichschritt mit dem Volkseinkommen angestiegen, also um 61%, wäre nicht nur eine Anpassung der Löhne an das Wirtschaftswachstum möglich gewesen und damit die Scherenöffnung zwischen Arm und Reich unterblieben, wir hätten uns auch die Krise erspart, die aus dem Überwachstum der Geldvermögen resultiert.

## 5. Was kann der Tarifvertrag in einer solchen Situation leisten?

"Willi Jürgens, Kollege in der Landesbausparkasse Niedersachsen und Vorstandsmitglied der DAG-Ortsgruppe Hannover, bat mich aus Anlaß der bevorstehenden Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag im Bankgewerbe, eine Stellungnahme über die Neugestaltung des Tarifvertrages auszuarbeiten." Das war Anfang 1970. Ich bin dem Wunsch gefolgt. Die Arbeit erhielt den Titel:

Ist der Tarifvertrag ein geeignetes Instrument,  
die DAG-Gegenwartsforderungen  
- Sicherheit, Fortschritt und Gerechtigkeit -  
durchzusetzen?

In der Dokumentation 10 zum Text Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil mit der Ziffer 19.1 ist die Arbeit unter <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.10%20OB%20Lt.%20Doku%2010.pdf> nachzulesen. Ich kam damals zu dem Schluß, daß die Frage im Titel zu verneinen sei. Das hat meine mit mir in der DAG organisierten Kollegen nicht erfreut. Hätte ich politisch-taktisch entgegen

meiner Einsicht „Ja“ geschrieben, hätte man vermutlich gejubelt. Die Wirklichkeit hätte mich dann aber Lügen gestraft. Aber woran liegt es, daß der Tarifvertrag, der ja so etwas wie ein Friedensvertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein soll, nicht hält, was er verspricht? Nun, die Marktkräfte sind stärker als die Verträge. „Wenn das so ist, dann laß uns doch die Zentralverwaltungswirtschaft – im historischen Beispiel *Kommunismus* genannt – anstreben!“ So könnte man argumentieren. Die Fakten zeigen aber, daß es den Arbeitnehmern im Sozialismus marxistischer Prägung noch schlechter geht als im Kapitalismus, der den Leuten als Marktwirtschaft verkauft wird. In einer unterbeschäftigten Wirtschaft gibt es genügend Möglichkeiten, dem Tarifvertrag auszuweichen unter anderem durch Beschäftigungsverhältnisse unter dem Niveau des Tarifvertrages, die der Gesetzgeber geschaffen hat. Aber auch der stramme Gewerkschafter wird einknicken, wenn es heißt, Senkung des Lohnniveaus oder Schließung bzw. Verlagerung des Unternehmens ins Ausland. Über Arbeitszeitverkürzungen und Zugeständnissen beim Urlaub etc. ist in einer solchen Situation mit den Arbeitgebern schlecht zu verhandeln. Umgekehrt ist es in einer Situation der Vollbeschäftigung: Das Entgelt und die weiteren Bedingungen sind dann besser als es die Tarifverträge vorsehen. Die schwächeren oder weniger angepaßten Arbeitssuchenden haben dann auch ihre Chance, die sie trotz öffentlich geförderter Schulungsmaßnahmen in der Situation der Unterbeschäftigung nicht haben. Georg Leber, 1957 – 1966 Vorsitzender der IG Bau-Stein-Erden, soll in einer Situation der Vollbeschäftigung den Arbeitgebern einmal angedroht haben, keinen Tarifvertrag abzuschließen. Das soll die Arbeitgebervertreter dieses Sektors zusammenzucken lassen haben. Es hätte nämlich bedeutet, daß mit jedem Arbeitnehmer ein gesonderter Vertrag ausgehandelt werden muß.

Die Frage ist auch, wem die Tarifverträge mehr nutzen, den Arbeitnehmern oder den Unternehmen? Ich denke, in der Hauptsache sind die Arbeitgeber die Nutznießer, denn die Gewerkschaften nehmen eine Bewertung der Arbeit der Arbeitnehmer vor, für die sie gar nicht die Kompetenz haben und den Arbeitgebern eine Arbeit abnehmen, für die sie nicht einmal eine Rechnung präsentieren. Aber wenn die Gewerkschaften auch in der Lage wären, die unterschiedlichsten Arbeiten gerecht zu beurteilen, sie würden den Unternehmen in ihrer unterschiedlichen Situation damit nicht gerecht. Es gibt sicher Unternehmen, für die das Ausgehandelte Ergebnis gerade passend ist. Aber ein Branchen- oder Flächentarifvertrag wird auch immer einem Teil der betroffenen Unternehmen eine Rente dadurch bescheren, weil der ausgehandelte Vertrag unter dem Lohnniveau liegt, das sie ihren Arbeitnehmern gewähren könnten. Und es wird auch immer Unternehmen geben, die mit dem vereinbarten Lohn überfordert

sind. Der Tarifvertrag erfaßt also nur selten die reale Situation zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort.

## 6. Ist ein hoher Organisationsgrad ein Mittel zur Abhilfe?

So wie es sicher Pastoren / Pfarrer geben wird, die davon Träumen, daß es doch einen Zwang geben müßte, der die Menschen in die Kirche treibt <sup>2</sup>, damit sie nicht leeren Bänken predigen müssen. Und so wie es herkömmliche Politiker geben mag, die darüber nachsinnen, ob die Parteienflucht nicht mit einer Belohnung der verbliebenen Parteimitglieder zu Lasten aller Steuerzahler gestoppt werden kann, so träumen sicher auch Gewerkschafter von einem hohen Organisationsgrad der Arbeitnehmer – sprich von einem starken Kartell der Arbeit -, um ihre Vorstellungen von Lohngerechtigkeit durchzusetzen. Die da so sinnen und wünschen, sind sicher ehrenwerte Bürger und sympathische Menschen, sie übersehen nur, daß a) die Menschen auf Dauer nur bei der Stange gehalten werden können, wenn die Inhalte stimmen und als richtig eingestuft werden und b), daß jede Organisation, die gegründet wird, um eine Idee oder ein Interesse durchzusetzen, über kurz oder lang dazu neigt, zum Selbstzweck, zur Unterhaltsbasis der Funktionäre, der Kader, der Hierarchie zu werden. Ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad der Arbeitnehmer nutzt gar nichts, wenn die Lösungsansätze nicht stimmen, die zum Einsatz kommen. Und bei den Gewerkschaften stimmen die Lösungsansätze nicht. Die Gewerkschaftsmitglieder opfern also für eine Illusion, die von ihren „Priestern“ immer aufs neue „gepredigt“ wird. Fragt man nun, warum das so ist, kommt man nicht umhin, die Sozialwissenschaften – und besonders die Wirtschaftswissenschaften - unter die Lupe zu nehmen. Die gepflegten ökonomischen Illusionen und Verirrungen haben hier ihren Ursprung. Die Gewerkschaften könnten – wenn sie sich von untauglichen Vorstellungen emanzipieren – durchaus mit neuen Arbeitsfeldern eine segensreiche Wirkung für die Arbeitnehmer haben, aber noch sind sie zu konservativ – wenn nicht reaktionär. Der Mitgliederschwund bringt sie vielleicht zum Umdenken.

## 7. Was kann mit dem Streik bewirkt werden und wie ist er rechtlich zu beurteilen?

Es kann sicher nicht bestritten werden, daß das eine oder andere Unternehmen, die eine oder andere Branche bei der Kalkulation der Kosten, die ein Streik dem Unternehmen verursacht,

---

2 Und sei es Glaube an die Hölle und ewige Verdammis, wenn man nicht oft genug in die Kirche geht.

eine Lohnerhöhung schon aufgrund der Androhung eines Streikes zustimmt. In einer Situation der Unterbeschäftigung geht das aber nicht zu Lasten des Kapitalertrages, sondern zu Lasten der Arbeitnehmer in anderen Branchen oder es wird versucht dieses Mehr an Lohn durch eine höhere Arbeitsintensität bzw. -produktivität zu kompensieren. Im Öffentlichen Dienst - wo die Arbeitgeber ja nicht ihr eigenes Geld ausgeben, sondern das der Steuerzahler - werden Kosten ebenfalls auf die Arbeit abgewälzt. Denn das Finanzkapital wehrt sich gegen die Übernahme der zusätzlichen Kosten des Öffentlichen Dienstes mit der Drohung des Arbeitsplatzverlustes durch Schließung oder Verlagerung der Unternehmen ins Ausland. Es darf auch nicht übersehen werden, daß nur eine Minderheit von produzierenden Unternehmen finanziell so gut ausgestattet sind, daß sie mit der Geldanlage mehr Einkommen erzielen als mit der Produktion. Die Mehrheit der Unternehmen hat eine Schulddlast und damit eine Zinslast zu tragen, die sie nicht abwälzen kann, sie stehen daher unter Druck, eine "angemessene" Rendite einzufahren und abzuliefern. Die Verweigerung einer Lohnerhöhung ist daher manchmal eine nackte Notwehr. Tendenziell bedeutet jeder Streik eine Kostensteigerung des Staatsapparats und im privatwirtschaftlichen Sektor eine Kapitalvernichtung - im Sinne einer verhinderten Kapitalvermehrung. Eine Erhöhung der Steuerlast und eine Erhöhung der Kapitalertragsquote sind die Folge. Nun sagen aber die Arbeitnehmer des Öffentlichen Dienstes zu recht, warum sollen wir uns zurückhalten, wenn das Parlament und die Regierung abenteuerliche Rettungsfonds mit Milliarden Euros füttern. Daß eine Bedrohung oder gar eine Reduzierung des Wohlstandes der Arbeitnehmer durch die Verschuldung des Staates eingetreten ist, ist aber auch auf ein Versagen der Gewerkschaften zurückzuführen, die sich traditionell zu wenig um die monetäre Seite der Ökonomie gekümmert haben. Eine wirkliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer hätte anders agieren müssen, als es die Gewerkschaften seit Bestehen unserer Republik getan haben.

Die Wirkung des Streiks zusammenfassend: Mit dem Streik kann in einzelnen Unternehmen oder auch einzelnen Branchen ein höherer Lohn durchgesetzt werden, aber es kann nicht das Lohnniveau und damit die Lohnquote des Volkseinkommens erhöht werden. Mit dem Streik können auch Unternehmen in die Insolvenz getrieben werden, aber vor allem die Gewerkschaften selbst, weil ein länger dauernder Streik die Streikkasse bald leert. Mit der Streikkasse könnte sicher etwas Sinnvolleres für die Mitglieder finanziert werden.

Der Streik ist auch kein ehrliches Instrument. Ich vermute, er wird von den Gewerkschaften auch zur Mitgliederbindung eingesetzt und weil sie sich mit ihm in Szene setzen können.

Wenn die Gewerkschaften es ehrlich mit ihren Bemühungen für die Arbeitnehmer meinen würden, hätten sie schon längst eine Indexbindung (nicht nur) für die Löhne durchgesetzt. Zu übersehen ist doch nicht, daß die jährliche Inflationsrate für die öffentlichen und privaten Arbeitgeber eine Lohnkürzung darstellt. Eine automatische Anpassung der Löhne in der Mitte des Jahres in Höhe der Inflationsrate, die bis dahin eingetreten ist und noch bis zum Ende des Jahres erwartet wird, ist voll gerechtfertigt. Eine solche vom Index initiierte Anpassung, würde die Wertverschiebungen - die ebenfalls wie der Streik ein legalisierter Vertragsbruch sind - vermeiden und die Gründe für einen Streik stark reduzieren. Es wird nun eingewendet, daß Indexklauseln die Währungsstabilität gefährden. Das ist Humbug, eine Rechtfertigung für die Währungsfuschereien. Wenn der Euro gefährdet ist, dann durch die Tatsache, daß die EZB den Banken Geld gibt, damit diese Staatspapiere kaufen können und die EZB das Verbot der Staatsfinanzierung umgehen kann.

Wenn die EZB eine Preisniveaustabilität mit einer Inflationsrate um die 2% p.a. einhalten kann, dann kann sie diese auch mit einer Inflationsrate um 0% einhalten. Wenn die Gewerkschafter nun fragen würden, warum sie ein so unverständliches Verhalten an den Tag legt, kämen sie zu der Antwort, daß die EZB die absolute Preisniveaustabilität fürchtet, weil unter den gegebenen Umständen eine Deflation eintreten kann. Die Befürchtung ist aber nur dadurch gerechtfertigt, weil die EZB den Umlauf des Geldes nicht im Griff hat. Schon Boisguillebert wußte im 18. Jahrhundert, daß zum ökonomischen Wohlstand ein geschlossener Geldkreislauf gehört, danach wurde das Problem von Proudhon, Gesell und Keynes thematisiert. Auch die Volksweisheit hat es schon immer gewußt: "Taler, Taler du mußt wandern, von dem einen zu dem anderen!" oder "Der Rubel muß rollen!" Nur die Gewerkschafter, die Wirtschaftswissenschaftler und -politiker wissen es nicht. Wenn aber die Notenbank die Inflation als wirksames Stimulanz für den Geldkreislauf einsetzen will, dann muß sie mindestens auf 5% Inflation p.a. schalten. Eine solche Inflationsrate wäre ohne Indexklauseln aber ein noch größerer Rechtsbruch als es die 2% schon sind. Stellen wir uns mal vor, eine Mineralölgesellschaft würde behaupten, ihr Liter, der nur 980 ccm oder 950 ccm (im Folgejahr 960,4 oder 902,5 ccm) mißt, wäre ein stabiler voller Liter. Die ganze Republik wäre empört. Nur wenn die Notenbank eine analoge Aussage macht, schweigen alle ohnmächtig, weil ihnen der Eindruck vermittelt wird, hier ginge es um eine Geldmystik, von der sie keine Ahnung hätten. Wenn die Ahnungslosigkeit des Volkes ausgebeutet wird, dann geschieht das im Währungsreich. Und der verantwortliche Ausbeuter der Ahnungslosigkeit ist aufgrund der mangelnden Selbst- und Volksaufklärung der Bundestag.

Wenn vom Streikrecht gesprochen wird, dann ist das nur unter der Annahme gerechtfertigt, daß es für die Arbeitnehmer das einzige Mittel ist, mit dem sie sich gegenüber von Zumutungen der Arbeitgeber wehren können, daß das Mittel tatsächlich die Situation der Arbeitnehmer verbessert und der Kollateralschaden, den der Streik bei den vielen Menschen verursacht, die mit dem Streit zwischen den Streikenden und den Bestreikten nichts zu tun haben, sei vernachlässigbar. Alle drei Annahmen sind aber falsch, so wie die Frontstellung Arbeitnehmer : Unternehmer schräg ist. Der Unternehmer als Arbeiter ist genauso - wie schon angedeutet - vom renditegerigen Kapital getrieben wie der Arbeitnehmer.

Der Streik ist bei Lichte gesehen - genauso wie die Aussperrung - ein Bruch von Arbeitsverträgen. Wenn sich nur Arbeitnehmer und Arbeitgeber<sup>3</sup> auf diese Weise behakeln, würde das ja noch hinnehmbar sein. Aber die Gewerkschaften versuchen ja die Arbeitnehmer dort zum Streik zu bewegen, wo die Rechte von Nichtbetroffenen des Streits verletzt werden. Man erhofft sich so, mit einem minimalen Aufwand öffentliche Aufmerksamkeit und will so Druck auf die Verhandlungspartner auf der Arbeitgeberseite aufbauen. Die Geduld der vom Streik unfreiwillig Betroffenen mit den Streikenden ist manchmal erstaunlich und - soweit sie Arbeitnehmer sind - nur dadurch zu erklären, daß ihre Lage nicht besser ist als die der Streikenden. Ihre irrealen Hoffnungen sind vermutlich, daß sie indirekt auch von dem Streik profitieren können.

Mein Urteil - daß sich nicht gegen die Arbeitnehmer richtet, sondern Bewertung des Streiks als Instrument zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen ist - lautet:

- 1. Mit dem Streik kann die ökonomische Lage der Arbeitnehmer insgesamt nicht verbessert werden.**
- 2. Der Streik ist wie die Aussperrung ein befristeter Bruch von Arbeitsverträgen.**
- 3. Soweit aber die Streikenden durch ihren Streik in die Rechte Dritter eingreifen, wäre es logisch, daß sie dafür auch in Haft genommen werden könnten.**

Ich habe nicht geprüft, ob der Streik und die Aussperrung von der Rechtswissenschaft unter den Gesichtspunkten der Nötigung und Erpressung be- oder verhandelt werden. Diese Aspekte sind aber bei dem Thema einzubeziehen.

---

3 Übrigens eine merkwürdige Verdrehung der Begriffe, weil der erste die Arbeit im Sinne von Leistung gibt und der zweite diese Leistung annimmt und dafür den Lohn bezahlt.

## 8. Schlußbemerkung

Die Lage der Arbeit - sowohl der Arbeitnehmer wie Unternehmer - ist im Kapitalismus vielfach bescheiden, betrüblich oder gar unerträglich. Der Maßstab für ein Urteil kann für uns dabei nicht ein Vergleich mit unterentwickelten Volkswirtschaften sein, sondern muß abgeleitet werden von den Möglichkeiten, die in unserem Land bei einer Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus angelegt sind. Für die Erschließung dieser Möglichkeiten ist der Streik ein ungeeignetes Mittel. In meiner Stellungnahme habe ich die Gründe der Misere, die in der Geldverfassung liegen, angedeutet. Die ökologischen Belange habe ich außen vorgelassen und die wesentlichen Gründe der Verhinderung, die im Boden- und Patentrecht liegen, nicht erwähnt. Ein neues Wirtschaftswunder mit wirklich blühenden Landschaften - nicht nur bei uns - ist möglich, wird aber verhindert durch eine politische und ökonomische Blindheit der Politiker und auch der Gewerkschafter.

Wenn man Sätze schreibt wie die vorliegenden hat man ja die leise Hoffnung, daß sich alles noch zum Guten wendet. Ich befürchte nur, meine Hoffnung hat ein schwaches Fundament. Der durch ökonomische Ignoranz und Blindheit verursachte Untergang der deutschen Republik Anfang des vorigen Jahrhunderts kann sich auch in diesem Jahrhundert wiederholen. Unser neuer Bundespräsident Joachim Gauck gibt sich als Freund der Freiheit zu erkennen. Das freut mich. Nur die Bedrohung der gleichen Freiheit<sup>4</sup> aller, die durch unsere ökonomischen Probleme und institutionellen Gefängnisse ständig bedroht und eingeschränkt wird, die sieht er offensichtlich nicht. Und das ist betrüblich. Es wäre tröstlich, wenn wenigstens die Gewerkschaftler helllichtiger wären.

## 9. Nachträge

9.1 In einer E-Mail-Liste, an der ich beteiligt bin, wurde die Ungerechtigkeit diskutiert, die sich in der Differenz zwischen den Spitzenverdienern, den Durchschnittsverdienern und den untersten Einkommensbeziehern aufbaut. Helmut Creutz, von dem ich weiter oben eine grafische Darstellung der Einkommensentwicklung eingefügt habe, antwortete am 25. 3. 2012:

Lieber Anselm und Mitleser,  
noch interessanter wird es in dem bereits empfohlenen Stern-Beitrag: Demnach hat zwar der BMW-Chef mit 6,16 Millionen deutlich weniger als der VW-Chef mit 16,6 Millionen erhalten, aber dafür die Familie Quandt, Hauptaktionär bei BMW, 650 Millionen, was etwa dem 100-fachen des Manage-

---

4 "Gleiche Freiheit" ist ein Buchtitel des bei der Rettung seiner Tochter tödlich verunglückten Rechtsgelehrten Dieter Suhr.



reinkommens und dem 16.000-fachen eines durchschnittlichen Familieneinkommens von ca 40.000 Euro entspricht! - Und da diese Familie Quand nicht nur bei BMW abkassiert, sind auch diese 650 Millionen wiederum nur ein Teil ihrer leistungslosen Besitzeinkommen!

Was ändert ein Streik daran?

9.2: In der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 28. März 2012 ist unter der Schlagzeile  
> Lufthansa & Co scheitern mit ihrer Klage / Fluglotsengewerkschaft muß nicht zahlen. <

Es heißt dort u. a.:

Die Lufthansa und andere Fluglinien sind mit ihrer ersten Schadensersatzklage gegen einen Streik der Fluglotsengewerkschaft GdF gescheitert.

...

Richterin Ursula Schmidt stärkte in der Urteilsbegründung den Arbeitnehmervertretern den Rücken. Die Gewerkschaft habe „nicht schuldhaft“ gehandelt. Zwar seien die Fluglinien in einen Arbeitskampf hineingezogen worden, der sich nicht gegen sie selbst richtete, sondern gegen den Flughafen Stuttgart und den Arbeitgeber der Fluglotsen, die Deutsche Flugsicherung. Doch sei in einem Streik unvermeidbar, dass auch Dritte betroffen seien. Die entstandenen Schäden seien grundsätzlich hinzunehmen. „Das Streikrecht genießt verfassungsrechtlichen Schutz“, betonte Schmidt.

...

Hier offenbart sich eine ungenügende Theoriebildung in der Wirtschaftswissenschaft und die Übertragung eines realitätsnahen Wissens in die Ausbildung der Juristen. Das ist aber nicht verwunderlich, denn man kann heute auch ökonomische und juristische Examina mit Summa cum laude ablegen, ohne von dem grundlegendsten Problem der Ökonomie und Jurisprudenz, nämlich dem unzulänglichen Bodenrecht, das den Satz von der gleichen Rechten aller Menschen ad absurdum führt und den Leistungswettbewerb in der Marktwirtschaft zur Illusion macht, gehört zu haben. Außerdem offenbart die Richterin ein mangelndes demokratisches Bewußtsein, sonst würde sie sich nicht auf eine Verfassung berufen, die schon über zwei Jahrzehnte das Verfallsdatum überschritten hat.

9.3: In der gleichen Ausgabe der HAZ auf der gleichen Seite ist unter der Schlagzeile

EURO-SCHUTZSCHIRM / Trügerische Hoffnung

zu lesen:

Zu den trostlosen Erfahrungen in der europäischen Staatsschuldenkrise gehört, dass man den Versprechen der Politiker besser nicht zu viel Glauben schenkt. Getrieben von den internationalen Partnern gibt die Bundesregierung ihre bisherige Position auf. Was bisher ausgeschlossen wurde, soll nun doch möglich sein: eine Erweiterung des Schutzschirms - mit der Gefahr, dass Deutschland noch stärker haften muss.

...

Auch nach dem zweiten Hilfspaket und der Umschuldung für Griechenland ist die Euro-Schuldenkrise noch nicht überstanden. Erst vor kurzem äußerte etwa der Anleiheninvestor Pimco die Vermutung, Portugal könne ein zweites Griechenland werden. Solche alarmistischen Warnungen mögen übertrieben sein, doch nach wie vor gibt es in der europäischen Währungsunion erhebliche Risiken. DIRK STELZL

Hier bleibt anzumerken: a) Die Schuldenkrise ist keine Währungskrise. Sie wird (oder wurde) erst zu einer Währungskrise dadurch gemacht, daß die Notenbank für die Bewältigung der Schuldenkrise mißbraucht wird. b) Die Schuldenkrise wird für den Aufbau eines zentralistischen Europas mißbraucht. c) Sowohl die Schuldenkrise wie auch die Mängel in der Währungsverfassung werden nicht durch Naturprozesse oder den lieben Gott verursacht, sondern sind das Ergebnis der Unterdrückung wesentlicher ökonomischer Erkenntnisse durch die Politik. Die Umlaufsicherung des Geldes, die durch unsere Parteien abgeblockt wird, ist ein effektiveres Mittel gegen die Spekulation und Konjunkturerinbrüche als die diskutierte Transaktionssteuer (Tobin-Steuer). d) Die Mittel, die unsinnigerweise in die Rettungsschirme fließen, zahlen die Steuerzahler, also in der Mehrheit die Arbeitnehmer. Kein Streik hilft dagegen. TA